

Der Aufruf der 20 Professoren spaltet die Bundesregierung

Stand: 06:19 Uhr | Lesedauer: 3 Minuten



Von **Axel Bojanowski**
Chefreporter Wissenschaft

Weltweit erlebt die Kernenergie einen Aufschwung. Jetzt fordern auch Wissenschaftler in Deutschland einen Ausstieg aus dem Atomausstieg. Doch die Regierung ist gespalten.

„Wir fordern die sofortige Aufhebung des Atomausstiegs“, schreiben 20 renommierte Wissenschaftler aus technologischen und ökonomischen Fachbereichen in der „Stuttgarter Erklärung“ ([/politik/deutschland/article240141115/Stuttgarter-Erklaerung-Wissenschaftler-fordern-Ausstieg-vom-Atomausstieg.html](#)), die WELT am Mittwoch öffentlich gemacht hat. Der Weiterbetrieb der deutschen Kernkraftwerke solle „als dritte Klimaschutzsäule“ neben Sonne und Wind die Stromversorgung und den Wohlstand in Deutschland sicherstellen.

Der Atomausstieg berge eine ökonomische Gefahr: „Steigende Energiepreise und sinkende Versorgungssicherheit gefährden Wettbewerbsfähigkeit und Wohlstand“, mahnen die Forscher, die ihre Erklärung an den Petitionsausschuss des Bundestags senden wollen, der sie für die Allgemeinheit zur Unterzeichnung freigeben soll. Kommen mindestens 50.000 Unterstützer zusammen, können die Wissenschaftler dem rechtlichen Prozedere zufolge ihre Forderungen im Bundestagsausschuss erläutern.

Der Weltklimarat IPCC hat Kernenergie als mögliches Instrument des Klimaschutzes bezeichnet, weil sie Energie ohne klimawärmende CO₂-Emissionen erzeugt. Das Festhalten am deutschen Atomausstieg bremse den Klimaschutz, warnt die „Stuttgarter Erklärung“, weil Kohleenergie erforderlich würde, um die Stromversorgung sicherzustellen – wie es in Deutschland bereits geschieht. Atomkraftwerke benötigen zudem wenig Platz, im Gegensatz zur Nutzung von Wind und Sonne gibt es kaum ein Problem mit Natur- oder Artenschutz.

Weltweit erlebt die Kernenergie einen Aufschwung. Die ersten Endlager für Atommüll gehen in Finnland und Schweden ([/wirtschaft/energie/article236530249/Schweden-baut-Atommuell-Endlager-in-500-Meter-Tiefe.html](#)) in Betrieb. Und angesichts von Klimawandel und Energiekrise setzen zahlreiche Staaten verstärkt auf Kernkraft, selbst Japan und die

Ukraine, wo mit Kraftwerken alter Bauart die beiden bislang einzigen schwerwiegenden AKW-Unfälle geschehen sind.

Die SPD hält die Forderungen für „rückwärtsgewandt“

Doch der Aufruf der 20 Professoren spaltet die Regierung. Während sich die Bundestagsfraktion der Grünen auf Anfrage nicht dazu äußern wollte, kritisiert die energiepolitische Sprecherin der SPD-Bundestagsfraktion, Nina Scheer, den Vorstoß: „Atomstrom blockiert und verteuert den dringend notwendigen Ausbau der Erneuerbaren“, meint sie. „Forderungen, Atomkraftwerke länger laufen zu lassen, sind damit rückwärtsgewandt.“ Allein die Erneuerbaren garantieren bezahlbare Energie.

„Wer Atomenergie fordert, spricht sich für eine Verzögerung der Energiewende aus“, sagt Scheer zu WELT. „Wir müssen unsere Stromversorgung auf die Eigenschaften der erneuerbaren Energien zuschneiden.“ Schwankende Energie erfordere „mehr Flexibilitäten, also intelligente Netze und Speicher“.

Unterzeichner der „Stuttgarter Erklärung“ kritisieren die Energiewende wegen ihrer Fokussierung: „Mit einseitiger Ausrichtung auf Sonne, Wind und Erdgas wurde Deutschland in Energienot manövriert“, heißt es in der Erklärung. Schwankende Energie aus Wind und Sonne bräuchten ein riesiges Netz aus Kraftwerken, Leitungen und Speichern, das „erst am Anfang“ stehe und teils noch nicht konzipiert sei; es fehle die Technologie.

Der energiepolitische Sprecher der FDP-Bundestagsfraktion, Michael Kruse, lobt den Vorstoß der Wissenschaftler: Deutschland könnte für die Energiesicherheit in Zeiten des Krieges „einen wichtigen Beitrag leisten, indem die Kernkraftwerke über das Jahresende 2022 hinaus laufen“. Die Ampel-Regierung aus Grünen, SPD und FDP sollte diese Entscheidung im September im Bundestag beschließen, fordert Kruse. Kernenergie sei „nicht das Ziel der Energiewende hin zu erneuerbaren Energien

(/politik/deutschland/article238884877/Forsa-Umfrage-Deutsche-plaendieren-fuer-mehr-erneuerbare-Energien.html)“, sie könne jedoch beim Erreichen des Ziels behilflich sein.

Der FDP-Bundestagsabgeordnete Torsten Herbst hält die „Stuttgarter Erklärung“ für „ein starkes und richtiges Signal“. Allein mit wetterabhängiger Windkraft und Sonnenenergie lasse sich die viertgrößte Wirtschaftsnation der Welt nicht zuverlässig mit Energie versorgen.

Klimafreundliche und konstant Strom liefernde Kernkraftwerke könnten „eine wichtige Rolle spielen“.

Alles muss auf den Prüfstand, findet FDP-Politiker Luksic

„In dieser Energiekrise muss alles auf den Prüfstand“, meint auch Oliver Luksic, FDP-Landesvorsitzender im Saarland. Es sei gut, dass die Wissenschaftler Bewegung in die Kernkraftdebatte gebracht hätten. Mit dem Hinweis auf Energiepreise und Versorgungssicherheit hätten die Forscher „einen Punkt gemacht, der nicht ignoriert werden sollte“.

Während sich die CDU-Bundestagsfraktion nicht äußern wollte, freute sich Wolfgang Steiger, Generalsekretär des Wirtschaftsrates der CDU, einer parteinahen Lobbyorganisation: „Deutschland hat sich von den Grünen und ihrer politischen Lobby in der Energiefrage Denkverbote auferlegen lassen. Ich kann nur begrüßen, dass deren Dogmen nun aufgebrochen werden.“

Die WELT als ePaper: Die vollständige Ausgabe steht Ihnen bereits am Vorabend zur Verfügung – so sind Sie immer hochaktuell informiert. Weitere Informationen: <http://epaper.welt.de>

Der Kurz-Link dieses Artikels lautet: <https://www.welt.de/240161083>